

Zürich

Bedürftige Geflüchtete bringen das Rote Kreuz an den Anschlag

Asylfürsorge Seit der Kanton die Hilfe für vorläufig aufgenommene Ausländer um 30 Prozent gekürzt hat, kann die SOS-Beratungsstelle den Andrang kaum bewältigen. Nun fordert das Rote Kreuz Korrekturen.

Liliane Minor

Das Rote Kreuz des Kantons Zürich ist alarmiert. Die SOS-Beratungsstelle wird seit zwei Jahren von vorläufig aufgenommenen Ausländern regelrecht überannt. Im Jahr 2017 stammten 254 Dossiers von Einzelpersonen oder Familien mit F-Ausweis, im Jahr 2018 waren es doppelt so viele. Der Anteil der vorläufig Aufgenommenen an allen Dossiers stieg von gut 30 auf rund 50 Prozent.

Die rasante Steigerung brachte die Beratungsstelle – sie ist die einzige ihrer Art – sowohl personell als auch finanziell derart ans Limit, dass sie den Zugang einschränken musste. «Wir konzentrieren uns nun auf besonders verletzte Personen, das heisst Familien, Alleinerziehende, Kranke und Personen über 50», sagt Ursula Weber, die Leiterin der Beratungsstelle.

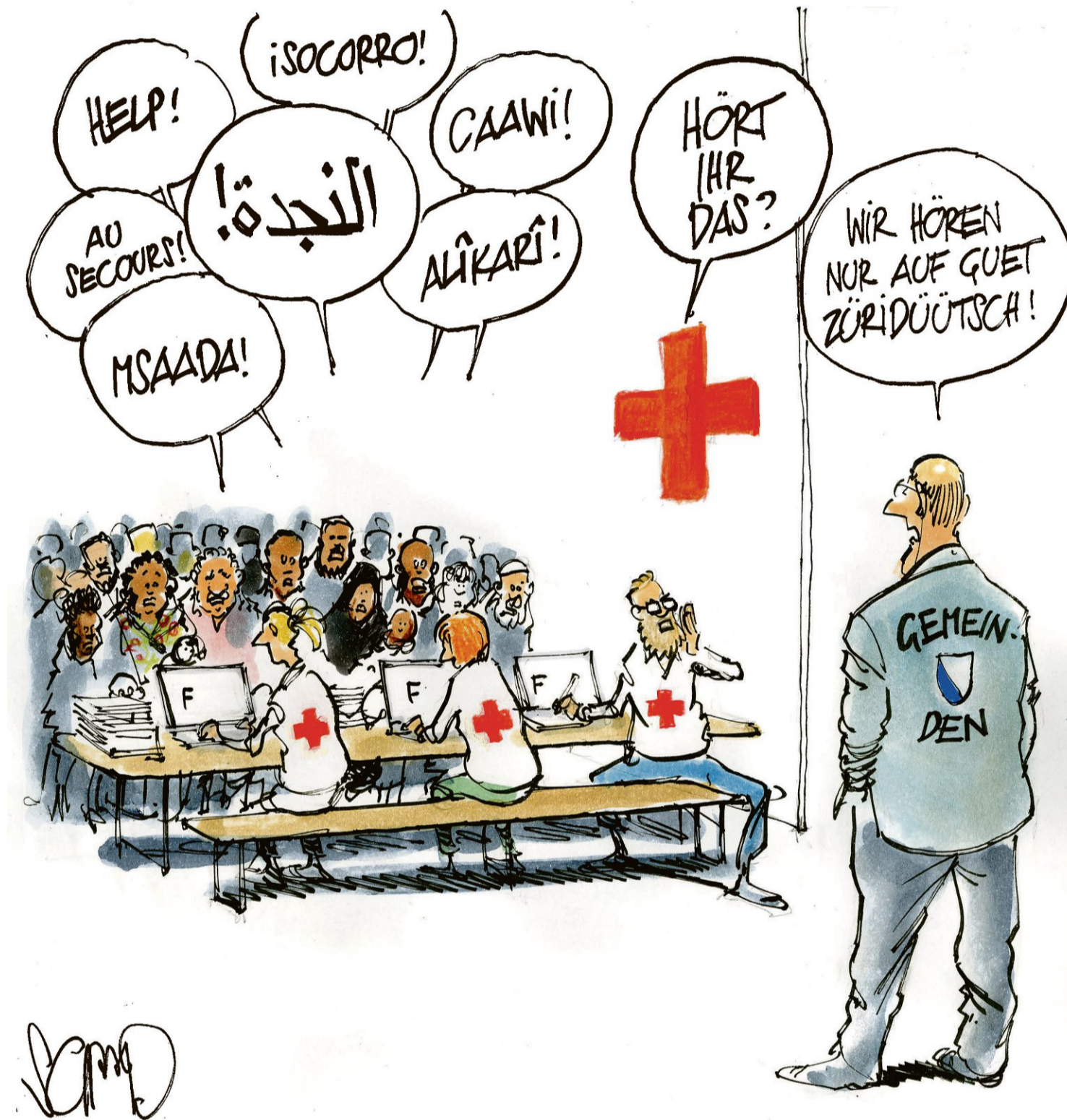
Zwar kann sich nach wie vor jeder Hilfesuchende für eine Erstberatung anmelden, aber nicht mehr alle erhalten eine aufwendigere, längerfristige Beratung und finanzielle Unterstützung. Dennoch bleibt die Zahl der Hilfesuchenden mit F-Ausweis hoch; bis August zählte die Beratungsstelle schon wieder 391 Dossiers.

Ein Drittel weniger Geld

Auslöser für den Run auf die Beratungsstelle ist eine Gesetzesänderung, die die Stimmbürger im September 2017 befürworteten und die Mitte 2018 in allen Gemeinden in Kraft trat. Seither erhalten vorläufig aufgenommene Ausländer, die nicht selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können, nur noch Asylfürsorge und keine Sozialhilfe mehr. In der Praxis bedeutet das für die Betroffenen rund 30 Prozent weniger Geld für den täglichen Bedarf. Eine Einzelperson erhält noch 690 statt 986 Franken, eine fünfköpfige Familie 1645 statt 2386 Franken. Mit diesem Geld müssen die Bedürftigen unter anderem Essen und Kleider, Hygiene- und Haushaltsartikel sowie die Kosten für den öffentlichen Verkehr und Kommunikation bezahlen.

«Das ist so knapp bemessen, dass die kleinste unvorhergesehene Ausgabe die Budgets sprengt», sagt Ursula Weber. Nur schon eine Fahrt zur Botschaft des Heimatlandes oder die Packliste für ein Klassenlager – Wanderschuhe, Rucksack, Schlafsack, Regenjacke – könne diese Familien finanziell überfordern. «Diese Menschen sind gezwungen, überall um Hilfe zu betteln», sagt die Leiterin der Beratungsstelle.

Im Prinzip stünde es den Wohngemeinden frei, die Betroffenen in solchen Situationen selbst zu unterstützen. Anders als in der Sozialhilfe existieren aber keine verbindlichen Vorgaben für situative Leistungen, was zur Folge hat, dass manche Gemeinden wie etwa die Stadt Zürich relativ grosszügig sind, während andere knausern. «Überall dort, wo die Gemeinden die neuen Regeln restriktiv anwenden,



RMD

wird es für Familien prekär», sagt Matthias Mölleney, Vizepräsident des Roten Kreuzes.

Er spricht von einem Teufelskreis, der die Integration massiv erschwere: «Die Leute kommen da nicht mehr raus.» Das knappe Budget lasse kaum eine Teilnahme am sozialen Leben zu. Damit sei eine Grundvoraussetzung für die Integration in die Schweizer Gesellschaft infrage gestellt.

Das sei umso schlimmer, als etliche Gemeinden auch bei Integrationsfördernden Leistungen

Die vorläufige Aufnahme

Ihr Ausländerausweis trägt den Buchstaben F, und sie sind das, was sich wohl die meisten Leute unter einem Flüchtling vorstellen: Menschen, die vor Krieg und Zerstörung geflohen sind.

Tatsache aber ist, Krieg allein ist kein Grund, um als Flüchtling anerkannt zu werden. Nur wer aufgrund seiner Person gefährdet ist, etwa wegen seiner politischen Überzeugungen, erhält Asyl. Weil das internationale Recht es aber verbietet, Menschen in Kriegsgebiete zurückzuschicken, dürfen die

gen wie Sprachkursen für vorläufig Aufgenommene geizten. Manche zahlten Müttern aus Prinzip keine Kurse mit der Begründung, die Frauen müssten sowieso zu den Kindern schauen. Andere übernahmen zwar die Kurskosten, nicht aber die Fahrtkosten. «Wir stellen eine gewisse Diskriminierung von Frauen fest», sagt Ursula Weber. «Der grosse Spielraum ermöglicht es den Gemeinden, das Gesetz willkürlich anzuwenden.»

Eine Beobachtung, die auch die Monitoring- und Beratungs-

Betroffenen bleiben, bis sich die Lage im Heimatland beruhigt. Die Erfahrung zeigt: Die meisten Betroffenen bleiben dauerhaft hier.

Vorläufig Aufgenommene dürfen arbeiten, und sie haben Anspruch auf Integrationsleistungen. Der Begriff «vorläufig» schreckt aber viele Arbeitgeber ab. Auch behaupten rechtsbürgerliche Politiker oft, die Betroffenen dürften eigentlich gar nicht in der Schweiz sein. Dennoch hat es der Bund kürzlich abgelehnt, die Bezeichnung zu ändern. (leu)

stelle für vorläufig aufgenommene Personen (Map-F) macht. In zwei Berichten hat Map-F auf die grossen Unterschiede hingewiesen. Dass die Betroffenen nun auf anderem Weg Hilfe suchen, sei die logische Konsequenz, sagt Map-F-Geschäftsleiter Moritz Wyder: «Die Zivilgesellschaft muss einspringen, wo der Staat die Leistungen einschränkt.»

Das Rote Kreuz ist nicht die einzige Beratungsstelle, die den Systemwechsel spürt. Im Brot-Egge, der Anlaufstelle des Sozialwerks Pfarrer Sieber, bitten deutlich mehr vorläufig Aufgenommene um Bezugskarten für vergünstigte Lebensmittel und Kleider. Vor allem in den ersten Monaten sei es zu einem starken Anstieg gekommen, sagt Leiter Patrick Wietlisbach: «Jetzt hat sich die Zahl auf deutlich höherem Niveau stabilisiert.»

Systemänderung gefordert

Den Systemwechsel angestossen hatte die SVP. Ihr Hauptargument im Abstimmungskampf: Wer weniger Geld vom Staat bekomme, der habe einen höheren Anreiz, zu arbeiten. Und es sei an den Betroffenen selbst, für ihre

Integration zu sorgen. Aus Sicht von Ursula Weber und Matthias Mölleney geht das aber nicht auf. «Unserer Erfahrung nach wollen diese Leute arbeiten», sagt Weber, «aber nach wie vor stellen viele Arbeitgeber keine vorläufig Aufgenommenen ein.» Fänden die Betroffenen schliesslich doch eine Anstellung, sei diese häufig zu schlecht bezahlt, als dass sie damit eine ganze Familie über die Runden bringen könnten.

Mölloney erinnert an den expliziten Auftrag des Bundes, auch vorläufig Aufgenommene zu integrieren: «Aber Integration kann ohne vernünftige Startchancen nicht funktionieren.» Es brauche deshalb dringend eine Korrektur: «Wenn man den Entschcheid der Stimmbürger nicht korrigieren und den Grundbedarf nicht erhöhen will, dann brauchte es wenigstens ein zweites Budget, aus dem alles finanziert wird, was dem Spracherwerb und der Integration dient.» Das Rote Kreuz könne diese Leistungen unmöglich allein erbringen. Nun sei es an den Politikern, einzusehen, dass sie mit dem jetzigen System «mehr Probleme schaffen als lösen».

ANZEIGE

Für alles, was Recht und gerecht ist.



STÄNDERAT DANIEL JOSITSCH

Herzlichen Dank für Ihre Stimme.

Daniel Jositsch
jositsch.ch

SP

Bootsflüchtlinge sollen nach Zürich geholt werden

Vorstoss Der Zürcher Stadtrat soll sich beim Bund für die Aufnahme von Flüchtlingen starkmachen, die mit dem Boot das Mittelmeer überqueren. Dies fordern die beiden SP-Gemeinderäte Alan David Sangines und Marco Denoth zusammen mit fast 60 Mitunterzeichnenden von der SP, AL und den Grünen. Gemeinsam reichten sie gestern im Gemeinderat ein entsprechendes Postulat ein. Damit reagieren sie auf eine Forderung von sechs Nationalrätinnen und Nationalräten, die am Dienstag eine entsprechende Motion im nationalen Parlament eingereicht hatten.

Zürich soll nicht nur mit gutem Beispiel vorangehen und sich beim Bund für eine Aufnahme dieser Menschen in der Schweiz einsetzen. Die Stadt soll sich auch dazu verpflichten, einen namhaften Teil eines allfälligen schweizerischen Kontingents in der Stadt unterzubringen, fordern Sangines und seine Mitstreitenden. Die Schweiz verfüge über die Möglichkeiten, sich entsprechend zu beteiligen. Dies, zumal die Asylgesuche in der Schweiz stark rückläufig seien. Im vergangenen Jahr wurden in der Schweiz knapp 15 000 Asylgesuche gestellt, was dem tiefsten Wert seit über zehn Jahren entspreche, heisst es in der Begründung des Postulats.

Zuletzt haben Italien und Malta Schiffe die Einfahrt in die Häfen untersagt, die Flüchtlinge an Bord hatten, die vor dem Ertrinken gerettet wurden. Um dies künftig zu verhindern, wollen Frankreich, Deutschland, Italien und Malta am kommenden Montag eine vorläufige Quotenregelung für die Aufnahme solcher Flüchtlinge beschliessen. (zac)

ANZEIGE

FDP Die Liberalen

Mit Erfahrung machen.
Ruedi Noser.
Unser Zürcher Ständerat.
www.wir-machen.ch